

Bericht vom Philosophischen Fakultätentag Kiel (02.07. – 04.07.2009)

1. Hochschulpolitisches Gespräch (02.07.09, 18.15-20.00 Uhr):

Podiumsgespräch mit Kurzvorträgen von und Diskussion zwischen: Prof. Dr. Gerhard Fouquet, Präsident der Universität Kiel, Staatssekretär Jost de Jager, PD Dr. Ekkehard Klug, Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Kieler Landtag, Prof. Dr. Heimo Reinitzer, Präsident der Hamburger Akademie der Wissenschaften, und cand. phil. Birthe Möller, Kollegiatin im Graduiertenkolleg „Imaginato Borealis“ zum Thema „Die Zukunft der Promotion“

Fouquet zitiert zustimmend W. Krull („Quo vadis, Promotion“) zu den derzeitigen Defiziten der Promotion. Seine Vorschläge zum Abbau dieser Defizite: Vermehrung der Stipendien, weiterer Aufbau von Graduiertenkollegs und Graduiertenschulen (Hinweis: Schleswig-Holstein erlaubt, 10% des Lehrdeputats für Graduiertenbetreuung einzusetzen!). Fouquet spricht sich aber gegen eine „Zwangskollektivierung“ der Promotion aus und erhofft sich durch Graduiertenzentren mehr Transparenz; es soll Angebote, nicht aber Zwang zu weiteren Qualifikationen geben.

Klug möchte ebenfalls keine Verschulung der Promotionsphase, sondern freiwillige Angebote bezüglich Schlüsselqualifikationen. Er betont ferner, dass die Möglichkeit zur externen Promotion erhalten bleiben muss. (Im übrigen befürwortet er eine Abkehr von der bisherigen BA/MA-Zweistufigkeit und die Einführung eines grundständigen Masters. d.h. im Prinzip eine Rückkehr zum früheren Magister.)

Reinitzer plädiert für generell jüngere Promovenden und will auf dem Weg zur Promotion „nicht immer noch mehr draufsatteln“ lassen.

Die Kollegiatin Möller sagt ein klares „Jain“ zur strukturierten Doktorandenausbildung, d.h. sieht sowohl Vorteile als auch Schattenseiten.

2. Plenarsitzung: 03. und 04.07.2009, jeweils 9.00 – 13.00 Uhr

TOP 3: Bericht des Vorstandes

a) Referat zu den letzten Entwicklungen im Bologna-Prozess (Tagungen in Leuven, 28./ 29.4.2009, HRK-Tagung zum Bologna-Prozess in Bonn/Bad Godesberg, 18.06.09, Bologna-Regionalkonferenz in Bremen, 02.07.2009):

Bestandsaufnahme: Der Bologna-Prozess erscheint inzwischen unumkehrbar. Der Master freilich wird bisher flächendeckend zu wenig angenommen, so dass in manchen Fällen bereits wieder die Schließung von Master-Studiengängen in Aussicht genommen wurde. Die wechselseitige Anerkennung von Leistungen von Studierenden ist nach wie vor ein Problem; jetzt soll die Beweislast (der Äquivalenz) umgekehrt werden. Trotz dieser Probleme ist die Studierenden-Mobilität angeblich besser geworden. Eine weiter bestehende Frage ist, was mit „Kompetenz“ in Modulbeschreibungen eigentlich gemeint ist. Module werden als zu klein und zu wenig komplex beurteilt. Unzureichend erscheint zur Zeit noch die vom Bologna-Prozess ebenfalls intendierte soziale Öffnung. Weiterhin diskutiert wird die kombinierte Strukturierung von BA und MA: 3 + 2 Jahre oder 4 + 1 oder 4 + 2?

Forderungen:

freier Zugang zum Master (auch ohne vorherigen BA!), dabei Anrechnung von Berufserfahrung;

Einrichtung von berufsbegleitenden Masterstudiengängen und überhaupt Teilzeitstudiengängen;

Mobilität: die freie Bewegung der Studierenden muss zum Normalfall werden;

bis 2020 sollen 20% aller Absolventen Auslandserfahrung haben;

strikte ‚Kompetenzorientierung‘: Kompetenz sei unabhängig von Stoffen zu prüfen (sonst justitiabel);

neu gefordert: „Fachqualifikationsrahmen“ (Gefahr: schleichende Normierung der Stoffe) – Widerspruch zur Profilierung? Hier sind Interessenkonflikte programmiert.

Ein Grundproblem des Bologna-Prozesses bleibt in Deutschland die absurde Betreuungsrelation, die „Gute Lehre“ in den betroffenen Fächern einfach unmöglich macht.

b) Bericht über die derzeitige Lage der Forschungsförderung: DFG-Präsident Kleiner will den Geisteswissenschaften nicht mehr als 8-9% der DFG-Förderung den Geisteswissenschaften zugestehen, weil die Geisteswissenschaften nur Probleme verursachen.

c) Bericht zum Stand der Umsetzungen der Semesterzeiten-Änderung (Treffen zwischen Vorstand des Philos. Fakultätentags und HRK am 08.06.2009):

Die HRK hält an ihren Plänen fest, doch wird die Umstellung noch nicht in den nächsten drei Jahren kommen. Die Länderministerien scheinen zum Teil nicht viel von den Änderungsbemühungen zu halten; auf der anderen Seite will die KMK aber auch nicht als „Bremsen“ erscheinen.

d) Bericht vom „Rückbau“ der Geisteswissenschaften an der Universität Stuttgart

Geplant war die Umwidmung bzw. Streichung von 25 Professuren, darunter 10 aus der Philosophischen Fakultät: u.a. sollten Alte Geschichte, Anglistik/Romanistik, Romanistik vollständig, die Germanistik teilweise abgewickelt werden; erhalten bleiben sollten Neuere Geschichte, Neuere Deutsche Literatur. Als die Pläne rufbar wurden, gab es viele Proteste; eine für den 17.6. geplante Senats-sitzung wurde von Studierenden gesprengt und dann am 22.6. an geheimem Ort wiederholt, der Masterplan dabei aber nicht abgesegnet; vielmehr wurde jetzt eine Kommission eingesetzt, die bis Ende des Jahres einen Plan ausarbeiten soll.

Grund für die Pläne ist zum einen ein großes Finanzloch (die Uni Stuttgart hat 6 Millionen Euro Schulden, und notwendige Renovierungen würden 800 Millionen kosten), doch wurde der Masterplan auch in Hinsicht auf die nächste Exzellenzinitiative entwickelt (Abwerfen von „Ballast“). Bedenklich ist, dass die Philosophische Fakultät auf die Pläne gespalten reagiert hat.

In der Diskussion dieses Berichts wiesen andere Delegierte auf Sparpläne an ihren Universitäten hin: In Magdeburg droht die Streichung jeder 7. Stelle; an der TU Chemnitz soll die Philosophische Fakultät geteilt werden, weil sie mit 72 Professuren zu groß sei; Erfurt steht vor einer Schließungsdiskussion hinsichtlich Slawistik und Romanistik.

(Unter TOP 7 wurden Stichpunkte für eine Resolution zum Abbau der Geisteswissenschaften in Stuttgart gesammelt.)

e) Bericht zum Thema „Evaluation in Deutschland“

Der Wissenschaftsrat hat eine Initiative begonnen, Forschungsleistungen zu evaluieren. Die Ergebnisse einer 1. Pilotstudie zur Sinologie und Chemie wurden 2008 veröffentlicht. Eine 2. Pilotstudie war für die Fächer Elektrotechnik und Geschichte geplant, doch hat sich der Historikerverband zu zwei Dritteln dagegen ausgesprochen (was von anwesenden Historikern ausdrücklich begrüßt wurde). Der Germanistenverband hat sich offenbar bereit erklärt, sich statt des Historikerverbandes für diese Studie zur Verfügung zu stellen, doch wurde dieses Angebot bisher noch nicht angenommen.

Zu diesen Vorgängen wurden folgende Meinungen geäußert: Man sollte erst verbindliche Standards festlegen, bevor man ein Rating beginnt. Es wurde auch nach dem Sinn solcher Ratings gefragt: Selbstbeschäftigung der Fächer? Aufwertung des Wissenschaftsrats? Auf Dauer wird man sich solchen Evaluationen nicht verschließen können, doch sollten eben die Regeln und Standards vorher geklärt sein.

TOP 5a: Bericht vom Katholisch-theologischen Fakultätentag

Es wird eine neue Akkreditierungs-Agentur ausschließlich für Kath.-Theol. Fakultäten geplant. – „Bologna“: Für das Pfarramt wird ein fünfjähriger modularisierter Magister[sic]studiengang eingeführt.

TOP 5b: Bericht vom Evangelisch-theologischen Fakultätentag

Auch an den Ev-Theol.-Fakultäten soll es für das Pfarramt einen fünfjährigen Studiengang geben: 4 Semester Grundstudium + 4 Semester Hauptstudium + 2 Semester „Integrations-Studium“; 25% der Studienleistungen sollen frei studierbar sein.

Diskutiert werden die Sprachanforderungen für das gymnasiale Lehramt: Es gibt Pläne, die Griechisch-Anforderungen auf „Koine-Lektüre“ zu fixieren.

Qualitätsbeurteilungen sollen nur über Peer Reviews erfolgen; Kriterien dazu sollen im Herbst verabschiedet werden.

TOP 5d: Bericht von den österreichischen philosophischen Fakultäten

Weiterentwicklung der Universitätsreform: Professoren haben nun den Status von „Privatangestellten“ und sind im Extremfall kündbar (es gibt offenbar Pläne, dass man Professoren nach zweimaliger negativer Evaluation kündigen können soll!). Die Universitäts-Autonomie wird wieder eingeschränkt; bei neu zu besetzenden Professuren gibt es (wieder) ein staatliches Mitspracherecht; die Befugnisse des Universitätsrats sollen erweitert werden. In allen Gremien wird ein Frauenanteil von 40% festgeschrieben. Für den Mittelbau wird eine Form von Tenure wieder eingeschränkt eingeführt. – Promotion: Ein neues Gesetz sieht ein dreijähriges Promotionsstudium verpflichtend vor; ein „Dissertationsbeirat“ soll dabei nach einem Jahr das Projekt genehmigen. Es wird künftig zwei Klassen von Dissertationen geben: „private“ und geförderte. – Bologna: Im WS 08/09 wurden BA-Studiengänge flächendeckend eingeführt; nach relativ wenigen BA-Studiengängen wird im MA-Bereich eine relativ starke Differenzierung angestrebt. Das Lehramt ist noch nicht „Bologna-reformiert“. Bei den Studiengebühren gibt es derzeit extrem viele Befreiungen durch Ausnahmeregelungen – z.B. bei Einhaltung der Regelstudienzeit ...

TOP 5f: Bericht aus der Hochschulrektorenkonferenz

Die inhaltliche Reform des Bologna-Prozesses muss weiter gehen. – Problem: Diploma-Supplements sind erst in 30% der Studiengänge vorhanden.

TOP 5g: Bericht vom Deutschen Hochschulverband

Der DHV verfolgt seine Forderungen bezüglich BAMA weiter (MA soll Regelabschluss sein; das Verhältnis von BA zu MA soll 100 zu 80 betragen). – Umfrage: Sowohl etablierte als auch Nachwuchswissenschaftler stehen der deutschen Umsetzung des Bologna-Prozesses überwiegend kritisch gegenüber (auch viele Studierende).

Der DHV fordert den Fortfall der Programm-Akkreditierung und hält die Systemakkreditierung für ausreichend.

W-Besoldung: Laut Verwaltungsgericht Gießen stellt die Grundvergütung der W-Besoldung keine amtsangemessene Besoldung dar. Gerade für Geisteswissenschaftler, denen oft nur die Grundvergütung gewährt wird, ergibt sich dadurch eine ausgesprochene Disparität (Besoldung nach Marktlage, nicht nach Leistung).

Open Access: Die Hochschul-Allianz (deren Teil der DHV ist) erwartet, dass alle Publikationen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert sind, auch öffentlich zugänglich sind.

Der DHV fordert den „Einbau“ von Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsethik in alle Studiengänge (Reaktion auf den Göttinger SFB 552?).

Der DHV betreibt die Gründung einer „Deutschen Universitätsstiftung“.

TOP 11: „Zukunft der Promotion“

Um auf dem nächsten Fakultätentag eine Resolution zu diesem Thema zu verabschieden, wurden folgende Stichpunkte diskutiert: Promotionsrecht der Fakultäten (vor allem im Verhältnis zu Graduiertenschulen); kumulative Promotion; „fast track“-Promotion; „Cotutelle“. Die Diskussion zeigte z.T. sehr verschiedene Vorstellungen von dem, was eine Graduiertenschule ist oder sein sollte.

TOP 8, 9, 10: Interna aus dem Philosophischen Fakultätentag:

Es wurden vier Beitrittsanträge (Universität Duisberg-Essen, Fernuniversität Hagen, Universität Hildesheim, Bauhaus-Universität Weimar) positiv beschieden. Zur Zeit sind 56 Universitäten mit 157 Fakultäten Mitglied des PhFT.

Themenschwerpunkt des nächsten PhFT (in Wuppertal) sollen die Auswirkungen der nordrhein-westfälischen Gesetzgebung („Universitätsfreiheitsgesetz“) auf die Geisteswissenschaften sein.

Anstelle von zwei ausgeschiedenen Mitgliedern (Braun, Marburg und Warnke, Kassel) wurden Neumann (Erfurt), Schmitt (Bremen) und Brosch (Stuttgart) in den Erweiterten Vorstand gewählt.

11.08.2009

H.-G. Nesselrath